

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Oktober 2005

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Netzversammlung diesen Jahres, die im Juli in Koblenz tagte, hat einen einjährigen Diskussionsprozess zum Papier „Das Ganze verändern“ erfolgreich abgeschlossen. Das verabschiedete Papier kann von der Homepage des Netzes abgerufen oder im Netzbüro als Ausdruck angefordert werden.

Wir verstehen das Papier als einen Beitrag zum processus confessionis und suchen weiterhin UnterstützerInnen für das Papier.

Gerne stehen die Mitglieder des Netzvorstandes zur Verfügung, um über die im Papier formulierten Thesen und Positionen mit Ihnen zu diskutieren.

Angesichts der massiv voranschreitenden Liberalisierungsmaßnahmen auf EU- und WTO-Ebene ist eine intensive Diskussion und Entwicklung von Gegenstrategie unerlässlich.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen zum Papier!

Sabine Ferenschild

„Hongkong platzen lassen!“

VON SABINE FERENSCHILD

„Lieber kein Deal als ein schlechter Deal!“ - So formulierte Walden Bello, Direktor der Organisation „Focus on the Global South“, seine Hoffnung auf ein Scheitern der 6. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember in Hongkong. Anlässlich der neu anstehenden Liberalisierungs-Projekte der WTO macht ein Blick auf die Auswirkungen der Liberalisierung im globalen Textil- und Bekleidungshandel deutlich, warum für die Mehrheit der Menschen die Liberalisierung zur Verarmung beiträgt.

Die Ministerkonferenz der WTO (13.-18.12.2005, Hongkong) wird sich vor allem mit dem Agrarhandel sowie mit einem verbesserten Marktzugang für Industriegüter beschäftigen. KritikerInnen der WTO von Attac bis Brot für die Welt werfen der Europäischen Union im Rahmen dieser Verhandlungen vor, Agrarprodukte zu subventionierten Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu werfen, gleichzeitig aber den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu verwehren, ihre lokalen Märkte zu schützen. Durch geplante Zollsenkungen bei Industriegütern drohe zudem eine massive De-Industrialisierung vieler südlicher Län-

der, weil ihre Industrie auf dem Weltmarkt noch nicht konkurrieren könne.

Folgen der Liberalisierung

Der globale Textil- und Bekleidungshandel belegt zur Zeit, zu welchen drastischen sozialen Folgen die Liberalisierung eines Sektors im globalen Maßstab führen kann. Ende 2004 lief das Welttextilabkommen der WTO aus. Alle Mengenbegrenzungen (= Quoten) im Welttextil- und Bekleidungshandel waren mit dem Ende des Welttextilabkommens aufgehoben. Textilien und Bekleidung werden seitdem wie andere Industrieprodukte

Inhalt

Hongkong platzen lassen	1f
Zwischen Realpolitik und Aufbruch	3
Krieg gegen Iran?	4f
Nachrichten aus der Region	5f
Rückmeldungen zum Papier	
Konfi-Cup 2006	
Offener Brief Sozialforum Saar	
Termine	8



Foto: Joerg Farys, attac.de

auch im Rahmen des GATT (Allgemeines Zollabkommen) gehandelt, einem der zentralen Abkommen der WTO-Mitgliedsstaaten. Die 160 Länder dieser Welt, die eine eigene Textil- oder / und Bekleidungsindustrie haben, „profitieren“ nun von einem liberalisierten Weltmarkt, der ihnen unbegrenzte Marktchancen auf den Hauptabsatzmärkten der EU und der USA versprach.

Die Realität sieht jedoch schon ein halbes Jahr nach der Liberalisierung anders aus als die Verheißungen: Mit Ausnahme von China und Indien haben alle asiatischen Länder Marktanteile in der EU verloren, das Gleiche gilt für fast alle afrikanischen Länder. Der Verlust von Marktanteilen aber bedeutet: Fabrikschließungen, Arbeitsplatzverlust für Tausende, Zunahme von Armut angesichts fehlender oder maroder sozialer Sicherungssysteme und enormer Druck auf noch existierende Arbeitsplätze: Zugelassene Arbeitszeiten werden erhöht – in Bangladesh zum Beispiel von 60 auf 72 Arbeitsstunden wöchentlich. Nationale Mindestlöhne werden ausgesetzt – wie zum Beispiel auf den Philippinen für die ca. 500.000 Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Gewinner China?

Aber auch in China, dem „Gewinnerland“ der Liberalisierung, sind es nicht gerade die ArbeiterInnen, die von den sprunghaft gestiegenen Marktanteilen chinesischer Bekleidung in den USA und der EU profitieren. Zwar entstanden seit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation im Dezember 2001 Millionen neuer Arbeitsplätze und die Zahl der unter der internationalen Armutsgrenze lebenden Men-

schen ist von 33% (1990) auf 16% (2000) gefallen (Bericht zur menschlichen Entwicklung 2003). Doch sind 60% der IndustriearbeiterInnen informell beschäftigt (ver.di publik, Mai 2005), d.h. sie arbeiten ohne Arbeitsvertrag und soziale Sicherung, und seit 2003 nimmt die Zahl der in Armut lebenden Menschen wieder zu. Dies hängt nicht zuletzt mit der Infragestellung der Mikrosicherungsnetze in staatlichen Großbetrieben im Zuge der Privatisierung zusammen: Die chinesische Arbeitseinheit gewährleistete eine Absicherung der Lebensrisiken auf betrieblicher Ebene, entsprechend dem Versorgungsprinzip („Eiserner Reistopf“). Mit der Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe lösen sich die sozialen betrieblichen Netze auf. Die damit einhergehende wachsende soziale Unsicherheit ist nicht nur eine „ungewollte Begleitscheinung“ der kapitalistischen Restrukturierung Chinas, sondern wird auch unter dem Aspekt der Erziehung der Massen zur Eigenverantwortung diskutiert: Die Zerschlagung der Eisernen Reisschale führe erst zu der Arbeitsmoral und –willigkeit, die für ein Arbeitsleben in den Exportindustrien nötig sei. Hartz IV auf chinesisches?

Die stillen Gewinner

Obwohl die chinesische Führung ein enormes Wachstum der chinesischen Textil- und Bekleidungsindustrie verzeichnet, hat sie sich doch schon längst aufgemacht zu neuen Ufern. Auf Dauer setzt sie in sämtlichen Bereichen, in denen China zur Zeit noch als verlängerte Werkbank Transnationaler Konzerne dient, auf die Entwicklung eigener Marken und Produkte. Bis es soweit ist, sind die Global Player im Textil- und Bekleidungshandel die eigent-

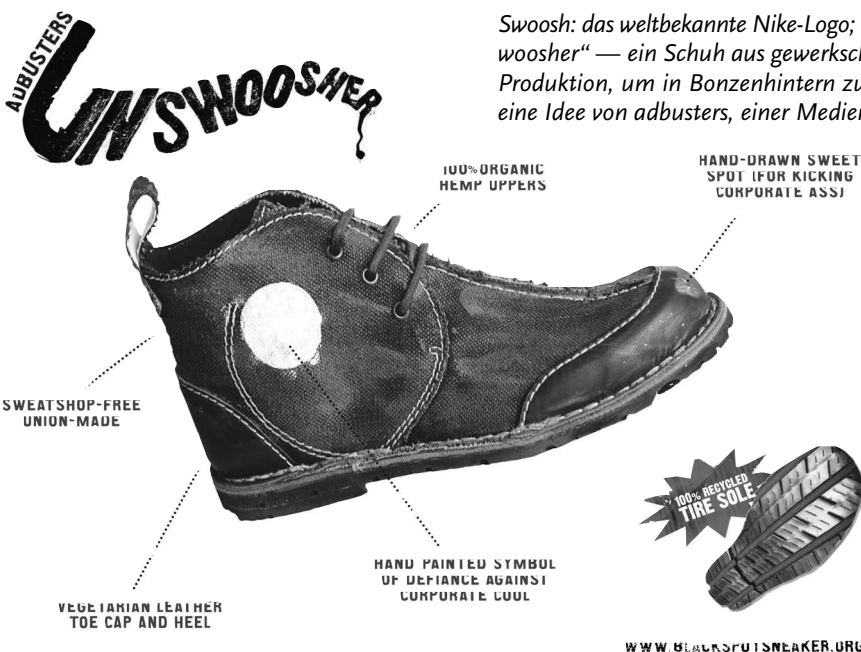
lichen Profiteure der Liberalisierung. Sie können ihre Lieferwege konzentrieren, da die einzelnen Lieferländer keinen Mengenbegrenzungen mehr unterliegen. Sie können von den jeweils günstigsten Produktionsbedingungen profitieren. Diese Strategie wird zum Beispiel der Sportkonzern Adidas einschlagen, der seine Lieferbeziehungen auf 5 bis 8 strategische Lieferländer, darunter China und die Türkei, konzentrieren wird – wie Adidas Anfang 2005 auf eine Anfrage der Kampagne für Saubere Kleidung erklärte. Der Wegfall der Mengenbegrenzungen und damit der Kosten der „Quotenbürokratie“ führte für die Global Players zu niedrigeren Bezugspreisen von bis zu 30%. Die Verbraucherpreise für Textilien und Bekleidung in Deutschland fielen aber lediglich um 1,6% im Vergleich zum Vorjahr.

Protest und mehr

Sowohl die EU also auch die USA scheinen sich im Verlauf des Jahres 2005 lediglich um heimische Marktverzerrungen gekümmert zu haben. So haben beide aus Sorge um heimische Arbeitsplätze neue Mengenbegrenzungen gegenüber China verhängt (eine Möglichkeit, die bis 2008 vom Beitrittsprotokoll Chinas zur WTO gedeckt ist). In der EU wird zum Beispiel der Verlust von 1 Million der insgesamt 2,5 Millionen Arbeitsplätze bedingt durch die Liberalisierung befürchtet.

Doch wie werden Entwicklungsländer mit dem erhöhten Wettbewerbsdruck fertig, die in hohem Maße von der Textil- und Bekleidungsindustrie abhängen? Welche Auswirkungen hat ein drohender Zusammenbruch dieses Industriezweigs auf die lokale Armutproblematik? Welche alternativen Konzepte, unabhängig von Wettbewerbs- und Konkurrenzdruck, lassen sich für die soziale Sicherung in diesen Ländern umsetzen? Diese Fragestellungen und die Entwicklung von existenzsichernden Maßnahmen gehören eigentlich ins Zentrum der politischen Diskussion. Doch solange die Industrieländer und die WTO an einer „anderen Globalisierung“ kein Interesse zeigen, so der gemeinsame Tenor der WTO-KritikerInnen, sollten alle Gegenkräfte zusammen „Hongkong platzen lassen!“.

In diesem Sinne ist vom 11. bis 18. Dezember in Hongkong eine Aktionswoche geplant, bei der mit Großdemonstrationen und einem Gegengipfel gegen die WTO protestiert wird. Ramon Bultron von der Hongkong Peoples Alliance: „Wir laden die globale Zivilgesellschaft zu uns ein. Nur wenn Nord und Süd gemeinsam protestieren, können wir die WTO stoppen.“



Zwischen Realpolitik und Aufbruch

VON HERBERT BÖTTCHER

Im Juli 2005 fand in Erfurt das erste bundesweite Sozialforum statt. Zahlreiche kommunale und regionale Sozialforen, Basisgruppen, Einzelpersonen und Verbände diskutierten dort Alternativen zu neoliberaler Globalisierung und Kapitalismus. Eine Gruppe von Pax Christi und Katholischer Studierender Jugend, die auch im Sozialforum Koblenz mitarbeitet, nahm am Sozialforum in Erfurt teil.

„Hartz IV muss nachgebessert werden!“ forderte ein Gewerkschafter auf der Schlusskundgebung des Erfurter Sozialforums. Die Antwort aus dem Publikum: „Hartz IV muss weg!“ Andere forderten: „Abschaffung der Marktwirtschaft, die Hunger Not und Elend schafft.“

Diese Szene macht deutlich: In der Schlusskundgebung hat sich eine pragmatisch-realistische Linie durchgesetzt. Es wurden Forderungen als eine Art „Fürbitten“ an die Politik gerichtet.

Völlig ausgeblendet ...

...blieb der gesellschaftlich-politische Kontext, in dem sich die Bewegung ‚bewegt‘. So kam nicht zur Sprache, dass der Kapitalismus strukturell Forderungen nach weltweiter Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Partizipation und Nachhaltigkeit blockiert. Mehr noch: Dass er die Menschen systematisch in als ‚Humankapital‘ Verwertbare und ‚Überflüssige‘ spaltet und sich auch noch als

Eine keynesianische Orientierung der Wirtschaftspolitik (Keynesianismus) geht auf John Maynard Keynes (1883-1946) zurück. In den 1930er Jahren entwickelte er unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit die Theorie, dass Arbeitslosigkeit im Kapitalismus systemimmanent ist. Ein ökonomisches Gleichgewicht könne sowohl bei Vollbeschäftigung wie bei Unterbeschäftigung existieren. Seine zentrale Empfehlung gegen ein zu niedriges Beschäftigungsniveau: Anstelle privater Unternehmen muss zeitweise der Staat als öffentlicher Investor auftreten zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die keynesianische Wirtschaftslenkung durch den Staat steht in Bezug auf die Bewertung der Rolle des Staates im Gegensatz zur klassischen, monetaristischen und neoliberalen Wirtschaftstheorie, die im Eingreifen des Staates das Problem und nicht die Lösung sieht.

Lösung der selbst geschaffenen Probleme anbietet. Dies geschieht mit seiner an der Vermehrung des Kapitals orientierten ‚Reform‘politik, in der das Problem sozialer Ausgrenzung auf ein Sicherheitsproblem reduziert wird. Und Sicherheitsprobleme werden mit staatlicher Repression nach innen (z.B. Arbeitszwang) und militärischer Gewalt nach außen ‚gelöst‘.

Solche Zusammenhänge ‚real‘politisch zu ignorieren, verrät viel tagespolitischen Pragmatismus, aber wenig Sinn für die Realität. Die politische Engführung auf banale Positionen im Rahmen deutscher ‚Real‘politik kann nicht der kleinste gemeinsame Nenner der Sozialforumbewegung sein.

Wer lediglich die Nachbesserung von Hartz IV fordert, wer gegen den neoliberalen Mainstream lediglich eine keynesianische Orientierung (s. Erläuterung im Kasten) setzt, wer eine angebotsorientierte einfach durch eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ersetzen will, hat zu kurz gedacht und kommt dann auch nicht weit.

Politik muss mehr sein als Korrektiv!

Menschen jedoch, die Politik nicht einfach als Korrektiv gegenüber wirtschaftlichen Interessen sehen, sondern Markt und Staat – bei allem, was im einzelnen immer auch umkämpft ist – als zwei Seiten der selben kapitalistischen Medaille einschätzen, werden zu anderen politischen Strategien kommen als die einer Kampagnen- und Lobbyarbeit. Solch unterschiedliche Orientierungen und die damit verbundene Analyse muss die Sozialforumbewegung sichtbar machen und diskutieren. Genau das unterscheidet sie doch von der Trostlosigkeit der Realpolitik.

Das andere Gesicht des Sozialforums

Glücklicherweise zeigte das Erfurter Sozialforum auch ein anderes Profil. Es kamen The-

men zur Sprache, die auch für unsere Diskussionen wichtig sind: Z.B. eine ökonomische und politische Kritik an Hans Werner Sinns ‚Mainstream-‚Bibel‘ „Ist Deutschland noch zu retten?“ Bei einer anderen Veranstaltung ging es um die Orientierung der Linksparteien am Keynesianismus. Deutlich wurde: Auch der Keynesianismus ist eine kapitalistische Strategie. Im Unterschied zum Neoliberalismus will er die Akkumulationskrise des Kapitals durch staatsinterventionistische Konzepte bewältigen.

Und nicht zuletzt darf der Zuspruch zu unseren ‚eigenen‘ Veranstaltungen als ermutigend registriert werden. Die KSJ (Katholische Studierende Jugend im Bistum Trier) thematisierte die Frage nach der Innenseite des globalen Kapitalismus: Wie prägt er Jugendliche durch Schule und Alltagswelten? Pax Christi fand viel Anklang mit einem Seminar zu einer politischen und theologischen Kritik des Kapitalismus. Überraschend bei beiden Veranstaltungen: das Interesse an den jüdisch-christlichen Wurzeln einer offensiven Kapitalismuskritik.

Wie geht es weiter in der Bewegung der Sozialforen?

Region

Regelmäßig treffen sich das Sozialforum Saar und das Sozialforum Koblenz.

www.sozialforum-koblenz.de
<http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sozialforum-saar>

Deutschland

Das nächste Sozialforum in Deutschland ist für 2007 geplant. Ein erstes Vorbereitungstreffen fand Mitte Oktober in Hannover statt. Die Vorbereitungsgruppe ist offen.

www.sfid.info

Europa

Das 4. Europäische Sozialforum wird im April 2006 in Athen / Griechenland stattfinden.

www.fse-esf.org

Welt

Das nächste Weltsozialforum findet im Januar 2006 an drei verschiedenen Orten, also „poly-zentral“ statt:

19.-23.1.2005 Bamako / Mali
24.-29.1.2006 Caracas / Venezuela
24.-29.1.2006 Karachi / Pakistan

www.forumsocialmundial.org.br

Krieg gegen Iran?

VON CLEMENS RONNEFELDT,
VERSÖHNUNGSBUND-REFERENT FÜR FRIEDENSFRAGEN

„USA gegen Iran: Der nächste Krieg?“ titelte *Der Spiegel* am 24.1.2005 und druckte in deutscher Übersetzung jenen Artikel des US-Journalisten Seymour Hersh aus „The New Yorker“ ab, der mit seinen Enthüllungen über Planungen zu einem US-Militärschlag wie kaum ein anderer einzelner Beitrag zu diplomatischem Aufsehen weltweit geführt hat.

In einem weitaus weniger beachteten Interview gegenüber dem Radio- und Fernsehnetz „Democracy Now“ präzisierte Hersh seinen Artikel: Seine Gewährsleute sprächen davon, „drei bis vier Dutzend Ziele sollen im späten Frühling oder Sommer“ (Süddeutsche Zeitung, 21.1.2005) getroffen werden.

Im Streit um das iranische Atomprogramm geht es im Kern um die Frage eines regionalen Ungleichgewichtes: Während Israel, Pakistan, Indien und Russland in unmittelbarer Nachbarschaft des Iran über Atomwaffen verfügen, versuchen die USA deren Besitz der Regierung in Teheran zu verbieten. Der Druck aus Washington und Jerusalem nimmt auch in dem Maße zu, wie die Reformer im Iran immer mehr an Boden verlieren und die Macht der Mullahs wächst.

Zum iranischen Atomprogramm

Iran verfügt neben seinen gewaltigen Ölvorkommen über die zweitgrößten Naturgasreserven der Erde, regenerative Energieträger wie Wind oder Sonne sind bereits heute bei Streichung von Subventionen für fossile Energien im Iran rentabel zu betreiben (1).

Dass es in der Frage des iranischen Atomprogramms nicht nur um die Energieversorgung des Landes geht – so die bisherige offizielle Begründung – gab Staatspräsident Chatami erstmals im Oktober 2004 in einer Pressekonferenz indirekt zu: „Noch verfügt Iran nicht über die Atomtechnologie und dennoch diese Aufregung. Gleichzeitig ist jedoch nicht die geringste Sorge darüber spürbar, dass andere Atomwaffen haben und sie auch herstellen“ (2).

Recht deutlich, worum es eigentlich geht, wurde der iranische Verteidigungsminister Shamkhani, der darauf hinwies, dass „wir uns nach der herrschenden Lehre ganz sicher bedroht fühlen und dass wir uns für den denkbar ungünstigsten Fall vorbereiten. (...) Ein Land, das sich darauf nicht einstellt, wird das Schicksal erleben wie Irak“ (3). Solange

US-Truppen im Nachbarland Irak gebunden und daher kaum in der Lage sind, einen neuen Krieg zu beginnen, scheint den konservativen Mullahs das Zeitfenster günstig, zur Atommacht aufzusteigen.

Die USA versuchen Russland, das die beiden Atomreaktoren bei Bushir baut, unter Druck zu setzen, was bereits zu Bauverzögerungen geführt hat. Pakistanisches Know-how unterstützte über Jahre hinweg Iran beim Aufbau seines Uran-Anreicherungsprogramms. Nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum internationalen Atomwaffensperrvertrag im Dezember 2003 durch die Regierung in Teheran forderte Hasan Rohani, iranischer Chefunterhändler für Atomfragen, den Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) auf, die Iran-Akte zu schließen.

Die Wiener Atombehörde widersetzte sich, weil sie zuvor noch Auskunft über die Herkunft angereicherten Urans verlangte, das IAEO-Inspektoren in iranischen Anlagen gefunden hatten.

Auch die Auskunft über die Herkunft von Gaszentrifugen, mit denen spaltbares Material

sowohl für friedliche Zwecke als auch für Atombomben hergestellt werden kann, blieb bisher von Seiten der iranischen Regierung offen.

Die IAEO legte 2004 den UN-Sicherheitsratsmitgliedern einen vertraulichen Bericht über das iranische Atomprogramm vor, demzufolge die Regierung in Teheran eine große Menge Uran zur Anreicherung vorbereitet. Im August 2004 bestätigte der iranische Außenminister Kharrazi, „dass sein Land den Bau von Zentrifugen zur Produktion von hoch angereichertem Uran wieder aufgenommen habe“ (4). Mit der Frage der Abgabe der EU-Vorschläge bis zum 1.8.2005 eskalierte der Konflikt massiv.

Iran sah sich hingehalten, weil der Iran-EU-Produktionsverzichtvertrag von Ende letzten Jahres keine zeitliche Terminierung enthielt, bis wann die EU ihre Lösungsvorschläge anbietet. Als diese schließlich Anfang August übergeben wurden, wies die neue konservative Regierung sie als völlig unzureichend zurück.

Die Taktik Irans besteht offensichtlich darin, einerseits Fakten zu schaffen, d.h. alle Bausteine für die angestrebte atomare Bewaffnung zu sammeln und andererseits auf dem Weg zu diesem Ziel jeweils gerade so viel mit der IAEO zu kooperieren, dass die USA oder Israel keine ausreichende Legitimation für einen Militärschlag oder UN-Sanktionen bekommen. Wie lange dieser Spagat aufrecht erhalten werden kann, ist völlig offen.

Westliche Geheimdienste vermuten, dass es noch mindestens drei bis fünf Jahre dauern wird, bis Iran in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen.



Foto: Karsten Hennig, attac.de

Perspektiven für eine zivile Lösung

Der erste Schritt für eine zivile, diplomatische Lösung des gegenwärtigen Streites um das iranische Atomprogramm bestünde im Anerkennen des atomaren Ungleichgewichtes in der Region Naher und Mittlerer Osten durch die USA und die EU. Zur Beseitigung dieser grundlegenden Konfliktursache wäre die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) geeignet, die auf eine ABC-waffenfreie Zone von Israel bis Indien hinarbeiten könnte.

Forderungen nach der Umsetzung einer solchen ABC-waffenfreien Zone finden sich bereits in mehreren UN-Resolutionen bezüglich Iraks, wurden allerdings bisher noch nie ernsthaft aufgegriffen.

Vertrauensbildung und Konfliktkontrolle lauten zwei Stichworte, die Volker Perthes mit Inhalt füllt: „Denkbar wären verschiedene ‘runde Tische’, etwa zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur Zusammenarbeit im Katastrophenfall (Seenotrettung, Frühwarnung bei Ölhavarien etc.), zur Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität (insbesondere Waffen- und Drogenschmuggel) und vor allem zur Diskussion von Fragen der Grenzsicherheit und Terrorismusbekämpfung und zur Koordination geeigneter Schritte. Aus solchen Foren könnte sich mit der Zeit ein grundlegender Mechanismus regionaler Zusammenarbeit entwickeln“ (5).

Zur kurzfristigen Entschärfung des Konfliktes würde ein umfassendes Hilfsprogramm beitragen, an dem Iran aufgrund seiner ökonomisch desaströsen Situation größtes Interesse hat. Ein Verzicht auf die Herstellung angereicherter Urans zur Waffenherstellung könnte dann wahrscheinlicher werden, wenn die US-Regierung zusammen mit der EU in diplomatische Verhandlungen treten würde. Im Gegenzug zum atomaren Waffenverzicht Teherans könnten die USA und die EU eine Sicherheitsgarantie für Iran abgeben, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbieten und das Embargo aufheben. Die Mullahs als eigentliche Machthaber im Iran sind an einem Aufbrechen der zunehmenden Isolation des Landes und seiner US-Umzingelung ebenso interessiert wie an einer raschen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch an einer – von der US-Regierung bekämpften – Aufnahme Irans in die WTO.

“Je stärker sich die USA politisch und diplomatisch engagieren, desto größer sind auch

unsere Erfolgsaussichten“ stellte Bundesaußenminister Joschka Fischer fest - und fügte den hoffnungsvollen Satz hinzu: „Es besteht eine reale Chance, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen“ (zit. nach: Der Spiegel, 24.1.2005).

Anknüpfungspunkte lassen sich in den USA genügend finden: „Derweil machen sich unter den Experten Anhänger einer Verhandlungslösung immer lauter bemerkbar. Angesehene Denkfabriken wie der Council of Foreign Relations, das Center for Strategic und International Studies, die Carnegie-Stiftung oder die Brookings Institutions, die den iranischen Machenschaften gewiss nicht naiv gegenüber stehen, rufen ihre Regierung zu einem Kurswechsel auf. Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Vorschläge die Auffassung, dass die USA ihr Abseitsstehen aufgeben und gemeinsam mit Europa Iran zu einer Verhandlungslösung drängen sollten“, berichtete die Neue Zürcher Zeitung am 17.12.2004. US-Vizeaußenminister Armitage nannte das Gerede über einen chirurgischen Militärschlag gegen Iran unverantwortlich.

Ohne umfassenden Druck aus den USA und der internationalen Friedensbewegung weltweit wird sich die US-Regierung, die Militärschläge als ernst zu nehmende Option ansieht, wohl kaum von ihrem Konfrontationskurs gegenüber Iran abbringen lassen.

Ausblick

Dass die US-Politik einen Gesamtplan zur Umgestaltung der gesamten Region Naher und Mittlerer Osten verfolgt, dürfte kaum jemandem entgehen, der derzeit die Vorgänge in den Ländern Israel/Palästina, Libanon, Syrien, Irak, Iran und Saudi-Arabien verfolgt. Die Eskalation im Konflikt mit Iran ist schon sehr weit fortgeschritten: Der frühere US-Waffen-Inspektor der UN-Abrüstungskommission (UNSCOM) im Irak, Scott Ritter, behauptet, der US-Krieg gegen Iran habe bereits begonnen.

Dafür nennt er folgende Indizien:

- Bereits jetzt fliegen unbemannte US-Drohnen über Iran und verletzen damit die Souveränität des Landes.
- Die iranische oppositionelle Mudjahedin-Organisation „el-Khalq“, die früher vom irakischen Geheimdienst unter Saddam Hussein geführt wurde, führe bereits jetzt im Auftrag des US-Geheimdienstes CIA Terroranschläge im Iran aus.

- Im nördlichen Nachbarland des Iran, in Aserbaidschan, bauten US-Militärs derzeit eine Basis für eine massive Militärpräsenz aus, die Ausgangsbasis für eine spätere militärische Einnahme der iranischen Hauptstadt werden soll (6).

Sollte die Wiener Behörde den Fall Iran demnächst an den UN-Sicherheitsrat übergeben, würde vermutlich eine ähnliche Eskalationsspirale ablaufen wie im Falle Irak.

Was kann die Friedensbewegung tun?

In Petitionen an die Parteien können wir unsere Forderung vorbringen, nicht noch einmal wie im Falle Irak Deutschland als militärische Drehscheibe zu benutzen. Überflugrechte für US-Kampfflugzeuge dürfen nicht wieder auf der Basis falscher Behauptungen gewährt werden! Dafür könnten wir bereits jetzt Stellungnahmen und Zusagen einholen.

Nach dem 15. Februar 2003, als in rund 600 Städten der Erde mehr als 12 Millionen Menschen für den Frieden und gegen einen Irak-Krieg demonstrierten, schrieb die New York Times von einer „zweiten Supermacht“. Sie meinte damit die durch die Friedensbewegung weltweit geprägte öffentliche Meinung, Krieg als Mittel der Politik abzulehnen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass diese weltweit wachsende Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden so stark wird, dass sie die Menschheit von den Geißeln der Ungerechtigkeit, atomarer Waffen und des Krieges befreien kann.

Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Anmerkungen:

- (1) Mohssen Massarrat, Teherans Atompolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2004.
- (2) Mohssen Massarrat, Atom-Konflikt auf Raten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2005.
- (3) Mohssen Massarrat, Atom-Konflikt auf Raten, a.a.O.
- (4) Zit. nach: Bahman Nirumand, Iranisches Katz- und Mauspiel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2004.
- (5) Volker Perthes, Bewegung im Mittleren Osten, SWP-Studie, Berlin, 2004.
- (6) vgl. <http://www.commondreams.org/views05/0620-31.htm>

Nachrichten aus der Region

Nach der Verabschiedung des Positionspapiers „Das Ganze verändern. Wenn es keine Alternativen im Kapitalismus gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus“ durch die Netzversammlung im Juli 2005 gab es – abgesehen von weiteren Unterzeichnungen des Papiers durch Gruppen und Einzelpersonen – einige Rückmeldungen aus anderen Gruppen und Organisationen, die wir im Folgenden abdrucken.

Die Netz- und Mitgliederversammlung 2005 findet am Samstag, den 12. November, 9.30-16h im Ev. Gemeindeszentrum in Polch, Uhlandstr. 9, statt. „Das Ganze verändern“ – dieses Thema soll dort inhaltlich weiterentwickelt werden.

Anmeldungen bis zum 10.11.2005 ans Netzbüro!

„Das Ganze verändern“ – Reaktionen

Mail vom 21.7.05

Liebe Freunde,

Ihre Presseerklärung haben wir erhalten.

Die darin klar ausgedrückten Forderungen und die ihnen zugrunde liegenden Hintergründe sind erfreulich deutlich benannt worden. Dies ist heute leider nicht oft der Fall. Wir werden daher gerne für eine weitere Verbreitung sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

*Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.
/ Berlin*

Mail vom 29.8.05

Liebe Mitglieder des Ökumenischen Netzes, mit großem Interesse habe ich Euer Papier im Kairos-Rundbrief gelesen und bitte um elektronische Kopie zum Weitergeben.

Die einzige Kritik, die ich an das Papier habe, ist die Nichtbenennung der Akteure (WTO, EU), die die zentrale Ursachen für die Krisen, Menschenrechtsverletzungen etc sind.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Groth

attac EU-AG Stuttgart und Region

Liebe Frau Ferenschild

ich gratuliere Ihnen zu dem sehr guten Positionspapier: die Erfahrungen aus den Menschenrechtsfragen der globalen Produktion und dem Austausch internationaler sozialer Bewegungen sind komprimiert und exzellent zusammengefasst. Es wird deutlich, dass in unserem Land nicht nur neue Probleme, sondern neue Aufgaben sich abzeichnen, wenn wir auch noch ratlos sind, wo sich ein neuer Weg neben dem Kapitalismus auftut. Wir müssen ihn miteinander suchen. Deshalb bedanken wir uns für Eure Zusammenarbeit an Rhein Mosel und Saar und möchten aus Württemberg gern das Positionspapier mitunterzeichnen.

Aber es soll doch kein Papier bleiben neben der Kampagne „Anders besser leben“ und der Perspektivagenda der deutschen Ökumene und all den anderen wichtigen Schriftstücken, wir finden gut, dass Ihr den Prozess confessionis und die internationalen Beschlüsse gedanklich einbezogen habt und das Papier in regionaler Zusammenarbeit erstellt habt.

Wie verbreiten wir es weiter, wie diskutieren wir es weiter, d. h. machen es uns so zu eigen, dass es uns vorbereitet, das Neue zu finden. Wie gewinnen wir andere anstatt sie immer wieder mit großen Problemen zu deprimieren? Könnte sie ergänzt werden durch eine Selbstverpflichtung, denn es tröstet ungemein, wenn man selbst einen kleinen Schritt tun kann und sich darin verbunden weiß mit anderen.

Ich selber würde gern in der Dimension unseres Glaubens nach dem neuen Weg suchen, weil die allgemeine Verängstigung zu viele zu willigen Vollstreckern der Anschauung macht: es gibt keine Alternative. Mit Christus sollten wir die neue gemeinsame Hoffnung wiedergewinnen. Aber wir sind in Deutschland nicht geübt gemeinsame Visionen auszutauschen, die Sprache vom Reich Gottes gerät uns ungeschickt und verstrickt sich oft irgendwo zwischen fundamentalistischen Glaubenssätzen und unverständlichen Zitaten spiritueller Gurus. Wir haben in Württemberg leider keine Form gefunden über das zu reden, was uns Hoffnung macht. Wir sind verhaftet in den aktionistischen Debatten der 80er Jahre. Den Ratschlag (bundesweiter Ökumenischer Ratschlag, 4./5.11.05, d. Red.) halte ich für ein geeignetes Gremium, um damit zu beginnen, ...

Viele liebe Grüße aus dem sonnigen Oberschwaben von

Ihrer Johanna Moltmann-Hermann / Ökumenisches Netz Württemberg

Mail vom 2.8.05

Sehr geehrte Damen und Herren

Über eine Liste von Attac Saarbrücken erreichte mich Ihr Positionspapier „Das Ganze verändern“, das ich hiermit unterzeichne

Claude Michael Jung / Auersmacher

Mail vom 3.8.05

Liebe Sabine,

vielen Dank für die Übermittlung. Gratuliere und danke nochmals für Eure hervorragende und wichtige Arbeit. Ich werde Euer Papier im Ökumenischen Netz Bayern verbreiten und auch im bundesweiten „Aufbruch“-Koordinationskreis einbringen.

Josef Stahl / Ökumenisches Netz Bayern

Impressum:

Netz-Telegramm Oktober 2005

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied, Tel. (0 26 31) 35 41 40,

e-mail: oekumenisches.netz@t-online.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,

Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

Oktober 2005

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Konfi – Cup 2006

Zeitpunkt: Samstag, 25. 3. 2006

Ort: Köln, Sporthochschule

Alle Gemeinden werden eingeladen, sich zu beteiligen mit einer KonfirmandInnen – Mannschaft!

Jede „Konfi – Mannschaft“, die mitmacht, bekommt einen hochwertigen Fußball aus

fairer Produktion mit dem Logo „Fair Play – Fair Life“ und dem der Ev. Kirche im Rheinland geschenkt/zur Verfügung gestellt.

Organisation

Es wird gebeten, dass die Gemeinden, die sich beteiligen, bis zum 9.12.2005 an uns gemeldet werden per Mail, damit eine Übersicht vorhanden ist, wie viele Gemeinden sich beteiligen und wohin der Ball gehen soll.

Vorrunde

In den Kirchenkreisen werden die Gewinner ausgespielt, d.h. es gibt max. 44 Mannschaften für die Schlussrunde.

Jede Mannschaft umfasst 7 Spieler/Spielerinnen (6+1), dazu Begleitpersonen.

Schlussrunde

Die Meldungen für die Schlussrunde muß bis 8.März 2006 erfolgen.

Dies bitte an Herrn Walbrach, LKA, per Mail (Wolfram.Walbrach@ekir-lka.de).

Beginn 10.15 Uhr , Ende gegen 17.00 Uhr

Zur vorbereitenden inhaltlichen Arbeit während des Konfirmandenunterrichts mit der Problematik der Herstellung von Fußballen aus Normal-Handel und der Alternative „Fairer Handel“ sowie zu Fußball allgemein mit Regeln, Geschichte etc. steht in den Kirchenkreisen jeweils eine Arbeitsmappe bei den KU - Beauftragten zur Verfügung. Die kopierfähigen Arbeitsblätter und inhaltlichen Beschreibungen können so allen Konfirmandenunterricht Erteilenden zugänglich gemacht werden. Dazu gehört ein Film (12 Min.) auf DVD mit dem Titel: „Holt Euch die fairen Bälle“.

Kontaktperson im LKA:
Wolfram.Walbrach@ekir-lka.de
Tel: 0211 / 4562 – 352, Fax: - 561

Stand 20.9.2005



Foto: photcase.com

Offener Brief des Sozialforums Saar an EU-Abgeordnete: „Stoppt die Dienstleistungsrichtlinie!“

Saarbrücken, 23. September 2005

Lohn- und Sozialdumping bei Verabschiedung des Bolkesteinentwurfes als EU-Dienstleistungsrichtlinie

Sachlage

Selten waren sich die verschiedensten Interessenvertretungen in einer Beurteilung eines Entwurfes so einig, wie im Falle der Vorlage des Bolkesteinpapieres zur EU-Dienstleistungsrichtlinie Binnenmarkt.

Ganz abgesehen davon, dass die Politik, Kommunen, Industrie, Handwerk aber auch die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer Dienstleistungsrichtlinie nicht bestreiten, vertritt man jedoch gemeinsam mit den Sozialverbänden, Kirchen, attac und weiteren Nichtregierungsorganisationen die einheitliche Meinung, dass dieser Entwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie in entscheidenden Punkten nachgebessert werden muss.

Hauptknackpunkte:

Öffentliche Daseinsvorsorge

Alle Dienste von allgemeinem Interesse fallen ebenfalls unter diese Dienstleistungsrichtlinie. Wir fordern die Ausklammerung dieser Dienstleistungen.

Das „Herkunftslandprinzip“

Dies bedeutet, dass ein Dienstleister ausschließlich den Gesetzen des Landes unterliegt, in dem er sich niederlässt und nicht etwa des Landes, in dem er seine Dienstleistung erbringt.

Die große Mehrheit der hiermit befassten Experten sind sich darüber einig, dass über das „Herkunftslandprinzip“ die

- Deregulierung
- Liberalisierung
- Privatisierung

massiv vorangetrieben wird. [...]

Aufruf

Der Binnenmarktausschuss wird sich am 4. und 5. Oktober 2005 mit der Dienstleistungsrichtlinie und den 151 Änderungsanträgen des EU-Parlamentsausschusses hierzu befassen.

Die erste Lesung bezüglich der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist im EU-Parlament für Oktober 2005 (43. Kalenderwoche) vorgesehen.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren Europaabgeordnete, werden dann darüber entscheiden, in welcher Art und Weise sich die EU-Dienstleistungsrichtlinie entwickeln wird.

Wir, das Sozialforum Saar, appellieren an Sie, den vorliegenden Bolkesteinentwurf in dieser



„Stoppt den Bolkestein-Hammer“
(www.attac.de/bolkestein)

Form nicht mitzutragen, sondern sich für eine grundlegende Überarbeitung zum Wohl aller Arbeitnehmer und Verbraucher und gegen ein Lohn- und Sozialdumping und den Verlust von bestehenden Schutzrechten einzusetzen.

Wir zählen auf Ihre Stimme!

Mit freundlichen Grüßen,
für das Sozialforum Saar

Waltraud Andruet

Kontakt: Sozialforum Saar

c/o Waltraud Andruet , Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen Tel.: 06838/82220

waltraud_andruet@t-online.de

Oktober

28.-30.10.05, Friedens- und Umweltzentrum, Pfützenstr. 1, 54290 Trier

Uranwaffen und Atomwaffen in Rheinland-Pfalz - Konversion von Militärbasen

10. Jahrestagung „Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)“

28.10., 18.30h, Foyer des Diakonie Krankenhauses / Bad Kreuznach

"Asozial" und „gemeinschaftsfremd“ – Wohnungslose in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur

Vortrag von Dr. Ayaß zur Eröffnung der Ausstellung „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ (28.10.-11.11.2005).

Veranstalter: Wohnungslosenhilfe Kreuznacher Diakonie

November

Fr, 4.11.05, 18h - Sa, 5.11., 17h, Vallendar, Bildungsstätte Haus Sonnenau

Gottes Streiter - Fundamentalismus in Judentum, Christentum und Islam

Leitung: Guido Groß, KHG Koblenz, Georg Falke, KEB Fachstelle Mayen

Referenten: Michael Ingber, Wien; Raid Sabah, Stuttgart; Dr. Kuno Füssel, Andernach

Veranstalter: KHG Koblenz, KEB Fachstelle Mayen

Mo, 7.11.05, 20h, Cochem, Ev. Gemeindehaus

Demokratie und Frieden im Nahen Osten - Gibt es eine Chance

Vortrag mit Diskussion

Referent: Michael Ingber, Historiker und Philosoph aus Israel, Wien

Veranstalter: Kath.-ev. Bildungswerk Cochem, KEB Fachstelle Mayen

Di, 8.11.05, 19.30h, Bad Breisig, Pfarrsaal St. Marien

Demokratie und Frieden im Nahen Osten - Gibt es eine Chance?

Vortrag mit Diskussion

Referent: Michael Ingber, Historiker und Philosoph aus Israel, Wien

Veranstalter: KEB Fachstelle Mayen u.a.

08.11. - 18.11.05, 18h, Pauluskirche

Eröffnung der Ausstellung „Purple Hearts - mein Herz brennt“ im Rahmen der Friedenswochen in Bad Kreuznach

Ausstellung von Fotos schwerversehrter Irakkriegsveteranen, begleitet von Texten von den Soldaten selbst

Infos: www.netzwerk-am-turm.de

Mi., 9.11.05, 20h Synagoge Bad Kreuznach, Alzeyer Str. 63

Mit einer Wunde als Wort....

Verfolgte jüdische Dichterinnen in Deutschland

Abend des Gedenkens

Vortrag: Dr. Petra Urban

Jiddische Lieder, Klezmer: Dreydele

Eintritt: 4 Euro

Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde

Sa, 12.11.05, 9.30h – 16h, Ev. Gemeindezentrum / Polch, Umlandstr. 9

Netz- und Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar

Infos: Netzbüro

Di, 15.11.05, 19.30h, Christuskirche Koblenz

Sozialforum Koblenz

Infos: Netzbüro

Do, 17.11.05, 20h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Globales Spiel um Knopf und Kragen. Soziale Auswirkungen der Liberalisierung im Textilhandel

Referentin: Sabine Ferenschild / Ökumenisches Netz

Veranstalter: KHG Koblenz, Ökumenisches Netz, ELAN e.V., gefördert aus Mitteln des BMZ

Do, 10.11.05, 20h, Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr. 1, Trier

Tschetschenien: Russlands blutiger Krieg im Schatten des Antiterrorkampfes

Referentin: Barbara Gladysch, Mütter für Frieden Düsseldorf

Veranstalter: AG Frieden, Heinrich-Böll-Stiftung RLP

Mi, 23.11.05, 20h, Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, Trier

Kriegsmacht Europa?

Referentin: Claudia Haydt/IMI, Kampagne gegen diese EU-Verfassung

Veranstalter: AG Frieden, Heinrich-Böll-Stiftung RLP

Mo, 19.12.05, 9-12h, Ev. Schulreferat, Mainzer Str. 81, Koblenz

AK Theologie und Politik des Ökumenischen Netzes

Infos: Netzbüro

Dezember

Mo, 5.12.05, 19h, Café Exodus/Saarbrücken

Lateinamerika zwischen Ché Guevara und Coca Cola – globalisierungskritische Rück- und Ausblicke

Podiumsdiskussion u.a. mit Sabine Ferenschild/Ökumenisches Netz

Veranstalter: Attac Saar

Di, 6.12.05, St. Martin Grundschule Remagen

Leben im Tschad

Referent: Prof. Dr. Frank Bliss, Ethnologe, Remagen

Diavortrag und Diskussion

Veranstalter: VHS Remagen

10.12.05, Koblenz - Innenstadt

Demonstration zum Tag der Menschenrechte

Infos: Ökumenisches Netz

10.12.05

Globaler Aktionstag zur WTO-Tagung in Hongkong

Infos: www.hongkong-platzen-lassen.de

13. - 18. 12. 2005, Hongkong

WTO-Ministerkonferenz